

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

28. Februar - 06. März 2026

Am 2. März 2026 hielt Emmanuel Macron auf der Militärbasis Île Longue bei Brest eine Rede zur französischen Nuklearstrategie. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage hatte die Rede sowohl im In- als auch im Ausland besondere Aufmerksamkeit. Macron betonte, dass die Modernisierung der französischen Streitkräfte bereits 2017 begonnen habe, um auf veränderte Bedrohungen frühzeitig zu reagieren, noch vor dem russischen Angriff 2022. Zwei zentrale Ankündigungen folgten: Erstens soll die Zahl der nuklearen Sprengköpfe im französischen Arsenal erhöht werden, wobei keine konkrete Zahl kommuniziert werden soll. Zweitens stellte er das Konzept der „dissuasion avancée“ vor. Demnach könnten nuklear bewaffnete Flugzeuge zeitweise in europäischen Partnerstaaten stationiert werden. Macron hob die Bedeutung konventioneller Fähigkeiten europäischer Partner hervor, um die nukleare Abschreckung zu stützen, und nannte Großbritannien und Deutschland als Schlüsselpartner. Besonders betonte er den Aachener Vertrag und einen gemeinsamen strategischen Dialog mit Berlin. Nach der Rede wurde eine gemeinsame Erklärung mit Deutschland veröffentlicht, die die Einrichtung einer Steuerungsgruppe sowie eine konventionelle deutsche Beteiligung an französischen Nuklearübungen noch in diesem Jahr umfasst. Macron stellte aber auch diesmal sehr deutlich klar, dass die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen ausschließlich beim französischen Präsidenten verbleibt, was vor allem auch eine innenpolitische Nachricht war.

Am 3. März 2026 richtete sich Emmanuel Macron in einer Fernsehansprache über die Auswirkungen des Krieges im Iran und die schweren Konsequenzen für die Sicherheit im Nahen Osten an die französischen Bürgerinnen und Bürger. Er betonte die Verantwortung des Irans für die Eskalation des Konflikts aufgrund seines Atomprogramms und seiner ballistischen Fähigkeiten. Macron forderte ein sofortiges Ende der israelisch-amerikanischen Luftangriffe sowie die Wiederaufnahme diplomatischer Verhandlungen, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Macron drückte auch seine starke Solidarität mit Zypern aus, das von Drohnen angegriffen wurde, und kündigte die Entsendung zusätzlicher Luftverteidigungsressourcen, darunter die Fregatte „Languedoc“, an. Frankreich werde mit seinen Verbündeten zusammenarbeiten, um die Sicherheit im östlichen Mittelmeer zu stärken. Aufgrund der steigenden Spannungen ordnete Macron die Entsendung des Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“ ins Mittelmeer an und kündigte die Rückholung französischer Staatsbürger aus der Region an. Das Außenministerium koordinierte bereits erste Rückflüge für die fast 400.000 Franzosen, die sich in der Region aufhielten oder durchreisten.

In seiner Fernsehansprache vom 3. März 2026 warnte Emmanuel Macron Israel ebenfalls vor einer Bodenoffensive im Libanon. Er betonte, dass der Angriff der Hisbollah auf Israel eine „große Fehlentscheidung“ gewesen sei, durch die die Libanesen in Gefahr gebracht würden. Eine weitere Eskalation aber, insbesondere durch die Eröffnung einer zweiten Front Israels im Libanon, würde die Situation nur noch verschärfen und den Konflikt auf eine neue Ebene heben. Macron forderte Israel auf, das libanesisches Territorium zu respektieren und die Integrität des Landes zu wahren. Er versicherte, dass Frankreich an der Seite der libanesischen Behörden stehe, die sich um die Wiederherstellung ihrer Sicherheit bemühten. Am 5. März 2026 kündigte Macron an, einen „Plan“ zu entwickeln, um eine erneute Einbindung des Libanons in den Krieg zu verhindern. Zudem kündigte er die „sofortige“ Lieferung humanitärer Hilfe für Zivilisten an, die vor den israelischen Bombardierungen im Süden des Landes fliehen. Nach Gesprächen mit Donald Trump und Premierminister Benjamin Netanjahu informierte Macron, dass er sich erneut mit den libanesischen Behörden ausgetauscht habe, um ein Ende der laufenden Kämpfe zwischen Hisbollah und Israel an der Grenze zu erreichen. Der libanesische Präsident Joseph Aoun hatte Macron darum gebeten, Israel zu drängen, die südliche Vorstadt von Beirut nicht weiter zu bombardieren und einen schnellen Waffenstillstand zu erzielen. Macron kündigte außerdem an, die Zusammenarbeit mit den libanesischen Streitkräften zu intensivieren, indem Frankreich diese mit gepanzerten Transportfahrzeugen und logistischer Unterstützung ausstattet.

Bruno Retailleau, Parteivorsitzender der *Républicains* und Senator, hat die Allianzen zwischen linken Parteien und der linkspopulistischen La France Insoumise (LFI) im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2026 scharf kritisiert. In einer Rede in Le Blanc-Mesnil, einem Vorort von Paris, bezeichnete er sie als „Vereinbarungen der Schande“. Er wies darauf hin, dass diese Koalitionen aus Sozialistischer Partei (PS), Kommunistischer Partei, Grünen und LFI eine Gefahr für

das politische Angebot vor Ort darstellen. Anhand einer Analyse der Wahllandschaft identifizierten die Republikaner 112 Städte, in denen solche Allianzen bestehen, darunter Briançon, Antibes, Vernon und Perpignan. Insgesamt wurden 62 Vereinbarungen zwischen der PS und LFI, 82 zwischen der PC und LFI sowie 82 zwischen den Grünen und LFI dokumentiert.

Eric Trappier, der CEO von Dassault Aviation, hat sich eindeutig zum Kampffjetprojekt SCAF geäußert. Trappier erklärte diese Woche: „Wenn Airbus an seiner Position festhält, ist das Projekt tot.“ Der Konflikt zwischen den beiden Hauptakteuren des europäischen Kampffjetprojekts SCAF, Dassault und Airbus, hat sich damit weiter zugespitzt. Trappier wirft Airbus vor, das Projekt von innen heraus zu torpedieren, und betont, dass nicht er, sondern Airbus sich gegen eine Zusammenarbeit mit Dassault entschieden habe. Sollte Airbus diese Haltung beibehalten, sei das gesamte Projekt zum Scheitern verurteilt. Der Streit dreht sich um die Frage der Führung des Projekts: Dassault möchte als alleiniger „Leader“ des SCAF-Programms agieren, während Airbus eine Co-Führung bevorzugt. Airbus hat zudem eine Lösung mit zwei unterschiedlichen Flugzeugen vorgeschlagen, um den unterschiedlichen Anforderungen von Frankreich und Deutschland gerecht zu werden. Diese Idee wird von Frankreich jedoch abgelehnt, da man auf ein gemeinsames Modell besteht.

Die Anklage gegen den Polizisten, der am 27. Juni 2023 bei einer Verkehrskontrolle in Nanterre den 17-jährigen Nahel M. erschoss, wird herabgestuft. Statt wegen Mordes wird er nun wegen „tödlicher Gewalt“ angeklagt. Dadurch verringert sich die mögliche Höchststrafe von 30 auf 15 Jahre Freiheitsstrafe. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass eine Mordabsicht nicht ausreichend nachgewiesen werden konnte. Der Anwalt des Polizisten die Rechtmäßigkeit des Schusses im angespannten Kontext betont, kritisiert der Anwalt der Familie von Nahel die Entscheidung als politisch und meint, der Fall hätte vor einem Schwurgericht verhandelt werden müssen. Ein Revisionsantrag ist noch möglich. Falls die Entscheidung endgültig wird, könnte der Prozess Ende 2026 stattfinden. Zur Erinnerung: Die Szene der tödlichen Schüsse wurde gefilmt und in sozialen Netzwerken weit verbreitet, was in zahlreichen Städten Frankreichs elf Tage lang zu schweren Unruhen führte.

Anlässlich des Internationalen Frauentags meldet die französische Notrufnummer 3919 für Frauen, die Opfer von Gewalt sind, einen neuen Rekord: 108.241 Anrufe im Jahr 2025, ein Anstieg von 7,8 % im Vergleich zu 2024. Die meisten Anrufe betreffen häusliche Gewalt, häufig psychische, verbale oder körperliche Übergriffe. Organisationen führen den Anstieg sowohl auf die größere Bekanntheit der Hotline als auch auf fehlende Mittel und überlastete Hilfsstrukturen für Betroffene zurück. Zudem warnen sie vor koordinierten Angriffen aus maskulinistischen Kreisen, die versuchen, die Telefonleitung zu blockieren.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Laut der Ministerin für Sport, **Marina Ferrari**, wird Frankreich keinen Vertreter zu den Eröffnungsfeierlichkeiten der Paralympischen Winterspiele 2026 in Mailand/Cortina schicken die heute, am 6. März, stattfinden. Grund dafür ist der Rückkehr von russischen und belarussischen Athleten, was Frankreich entschieden ablehnt. Zehn Athleten aus diesen beiden Ländern dürfen unter ihrer eigenen Flagge antreten, was der Internationale Paralympische Komitee (IPC) im September 2025 genehmigte. Frankreich respektiert zwar die Entscheidung des IPC, drückt jedoch seinen Unmut aus. Weitere Länder, darunter die Ukraine und Polen, haben ebenfalls den Boykott angekündigt. Trotz des Boykotts wird Marina Ferrari den französischen Athleten vor Ort Unterstützung anbieten und betonte, dass dies ein wichtiger Moment für die Sportler bleibt.



DIE ZAHL DER WOCHE

36 %

Laut einer Umfrage von Ifop-Fiducial für Sud-Radio und Le Figaro bleibt der Rassemblement National (RN) bei der **Präsidentschaftswahl 2027** im ersten Wahlgang weiter klarer Favorit, egal, ob Marine Le Pen oder Jordan Bardella antritt. Der Parteivorsitzende Jordan Bardella läge mit **36 %** der Stimmen deutlich vorne. Marine Le Pen würde mit 35 % nahezu identische Ergebnisse erzielen. Die Kandidaten der Mitte-rechts- und der Linksparteien liegen abgeschlagen dahinter. Die ehemaligen Premierminister Édouard Philippe (Horizons) und Gabriel Attal (Renaissance) kämen auf 16 bzw. 11 %. Der Vorsitzende der Républicains, Bruno Retailleau, würde 10 bis 12 % der Stimmen erzielen. Dieses Ergebnis würde auf 17 Prozent steigen, wenn er der einzige Kandidat des zentristischen und rechten Blocks wäre. Auf der linken Seite liegen Jean-Luc Mélenchon und Raphaël Glucksmann mit Ergebnissen zwischen 10 und 12 % Kopf an Kopf.

3	4	7
0	8	6
5	2	3
7	4	9
9	8	2
	0	1